

Guantánamo

Grundinformationen



Bei Guantanamo handelt es sich um ein Gefangenenlager auf der Guantanamo Bay Naval Base, einem Marinestützpunkt der US Navy in der Guantánamo-Bucht auf Kuba. Das Gefangenenlager befindet sich etwa 15 Kilometer südlich der gleichnamigen Stadt Guantanamo. Im Januar 2002 wurde im Gefolge der Anschläge vom 11. September 2001 und der darauf folgenden US-amerikanischen Invasion in Afghanistan begonnen, den Stützpunkt um ein Gefangenenlager zu erweitern. Damit war sowohl der Schutz der Vereinigten Staaten vor Terroristen als auch die Gewinnung geheimdienstlicher Erkenntnisse beabsichtigt. Die Rechtslage der Gefangenen, deren Haftbedingungen, die verwendeten Verhör- und Foltermethoden und die Verstöße gegen die Menschenrechte führen international zu scharfer Kritik und zu Forderungen nach Schließung.

http://de.wikipedia.org/wiki/Guantanamo_Bay_Naval_Base

Guantánamo

Zahlen und Fakten



© US DoD

Am 11. Januar 2002 wurden die ersten Gefangenen nach Guantánamo gebracht. Seitdem sind dort insgesamt etwa 800 Männer und Jugendliche inhaftiert gewesen. Nur einer von ihnen wurde vor ein Bundesgericht in den USA gestellt. Erfahren Sie hier, was man über Guantánamo wissen sollte:

- Am 11. Januar 2002 wurden die ersten Gefangenen auf den US-Marinestützpunkt Guantánamo Bay auf Kuba überführt.
- Nach Auskunft der US-Behörden waren insgesamt 779 Gefangene in Guantánamo inhaftiert, die große Mehrzahl ohne Anklage oder Gerichtsverfahren. Im Jahre 2002 wurden 632 Gefangene nach Guantánamo gebracht. Die Zahlen in den folgenden Jahren lauteten: 2003 117, 2004 10, 2005 0, 2006 14, 2007 5, 2008 1.
- Zurzeit sind 171 Männer aus mehr als 20 Ländern in Guantánamo inhaftiert.
- Seit 2002 starben acht Gefangene in Guantánamo, Berichten zufolge sechs durch Selbstmord und zwei eines natürlichen Todes. Im Jahre 2011 starben zwei Gefangene, beide afghanischer Herkunft.
- Nur vier der aktuell in Guantánamo inhaftierten Gefangenen verbüßen eine Haftstrafe. Seit 2002 wurden nur sechs Gefangene von Militärkommissionen verurteilt, vier von ihnen bekannten sich schuldig, zwei von ihnen wurden daraufhin in ihr Heimatland zurückgebracht.
- Nur ein Gefangener wurde für ein Verfahren vor einem Bundesgericht in die USA gebracht. Er wurde im Januar 2011 zu lebenslänglicher Haft verurteilt.
- 48 Gefangene können laut der US-Regierung weder freigelassen noch verurteilt werden. Sie

- sollen auf unbestimmte Zeit inhaftiert bleiben.
- Kein Gefangener wurde in die USA entlassen.
 - Erst sechseinhalb Jahre, nachdem die ersten Gefangenen nach Guantánamo gebracht wurden, entschied der Oberste Gerichtshof der USA, dass den Gefangenen das Recht zusteht, die Rechtmäßigkeit ihrer Inhaftierung von einem US-Gericht überprüfen zu lassen (Boumediene v. Bush-Urteil, Juni 2008).
 - Zwischen Juni 2008 und November 2011 gab es 47 Urteile von US-Bezirksgerichten über die Rechtmäßigkeit von Inhaftierungen. In 22 Fällen, die 38 Gefangene betreffen (darunter 17 Uiguren), beurteilten Gerichte die Inhaftierungen als nicht rechtmäßig, in 25 Fällen als rechtmäßig im Rahmen des globalen "Krieges gegen den Terrorismus".
 - Seit 2002 wurden mehr als 600 Gefangene aus Guantánamo in andere Länder gebracht, darunter Afghanistan, Ägypten, Albanien, Algerien, Australien, Bahrain, Bangladesch, Belgien, Bosnien-Herzegowina, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Irak, Iran, Jemen, Jordanien, Kasachstan, Katar, Kuwait, Libyen, Malediven, Marokko, Mauretanien, Pakistan, Russland, Saudi-Arabien, Schweden, Somalia, Spanien, Sudan, Tadschikistan, Tunesien, Türkei, Uganda, USA und Vereinigte Arabische Emirate.
 - Die USA wollen für sechs Gefangene, die vor Militärkommissionen angeklagt wurden, die Todesstrafe fordern. Alle sechs waren Opfer von "Verschwindenlassen" durch die CIA, bevor sie nach Guantánamo gebracht wurden. Alle sechs waren Opfer von Folter und anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung und wurden bis zu vier Jahre isoliert und in Einzelhaft gehalten. Zwei von ihnen wurden mit "Waterboarding" misshandelt. Die Einzelheiten der Verhörmethoden und Haftbedingungen, denen sie in CIA-Haft ausgesetzt waren, unterliegen weiterhin der höchsten Geheimhaltungsstufe.
 - Alle bis auf einen der Guantánamo-Häftlinge waren ausländische Staatsangehörige. Bei einem wurde festgestellt, dass er neben der saudi-arabischen auch die amerikanische Staatsbürgerschaft besaß. Daraufhin wurde er 2002 sofort in die USA gebracht und dort über zwei Jahre in Militärgewahrsam gehalten. Dann wurde er nach Saudi-Arabien überstellt, unter der Voraussetzung, dass er seine US-Staatsbürgerschaft widerrief.
 - 90 Gefangene stammen aus dem Jemen, darunter einer, der von einer Militärkommission zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt wurde. Im Januar 2010 verfügte US-Präsident Obama ein Moratorium für Gefangenentransporte in den Jemen. Seitdem wurde ein Gefangener aus dem Jemen freigelassen.
 - Mindestens zwölf Gefangene waren zum Zeitpunkt ihrer Inhaftierung unter 18 Jahre alt.
 - Ein kanadischer Staatsangehöriger, der 2002 im Alter von 15 Jahren festgenommen wurde, ist noch immer in Guantánamo inhaftiert. Hier hat er bereits mehr als ein Drittel seines Lebens verbracht.
 - Die Gefangenen wurden in mindestens zehn Ländern verhaftet, bevor sie schließlich nach Guantánamo gebracht wurden: Afghanistan, Aserbaidschan, Bosnien-Herzegowina, Dschibuti, Indonesien, Kenia, Pakistan, Sambia, Thailand und Vereinigte Arabische Emirate.
 - 2100 Personen sind zurzeit im Haftzentrum Parwan auf dem US-Luftstützpunkt Bagram in Afghanistan inhaftiert (Stand: September 2011).

Guantánamo

Abd al Rahim Hussayn Muhammed al Nashiri

Opfer von Folter und Verschwindenlassen, ihm drohen ein unfaires Verfahren und möglicherweise die Todesstrafe.

Der saudi-arabische Staatsbürger 'Abd al Rahim Hussayn Muhammed al Nashiri ist seit über neun Jahren in US-Gewahrsam, mehr als fünf davon verbrachte er in Guantánamo. Ihm soll demnächst vor einer Militärkommission der Prozess gemacht werden mit der Möglichkeit, zum Tode verurteilt zu werden.

'Abd al Nashiri wurde im Oktober 2002 in Dubai, der Hauptstadt der Vereinigten Arabischen Emirate, von örtlichen Sicherheitskräften festgenommen und einen Monat später an US-Beamte übergeben. Obwohl bereits einige Monate nach seiner Festnahme im Jahr 2002 eine Anklage vor einem US-Bundesgericht gegen ihn vorlag, wurde 'Abd al Nashiri nicht unverzüglich vor Gericht gestellt, wie es das Völkerrecht vorschreibt. Stattdessen wurde er fast vier Jahre lang in Einrichtungen des US-Geheimdienstes CIA an unbekanntenen Orten in Haft gehalten.

"Waterboarding"

Während der geheimen Haft wurde er Opfer des Verschwindenlassens und war Foltermethoden wie etwa dem "Waterboarding" ausgesetzt. Dabei wird beim Gefangenen das Gefühl des Ertrinkens erzeugt. Öffentlich zugänglichen Informationen zufolge wurde 'Abd al Rahim al Nashiri Opfer von Fesselungen und dem sogenannten "Hooding", das heißt dem Überstülpen einer undurchsichtigen Kapuze über den Kopf des Gefangenen. Er wurde außerdem gezwungen, sich vollständig zu entkleiden sowie mit einer Handfeuerwaffe und einer Bohrmaschine bedroht.

Am 4. September 2006 wurde er nach Guantánamo überstellt, wo er sich bis heute in Haft befindet. Unter der Regierung von George W. Bush wurde Anklage gegen ihn vor einer Militärkommission erhoben und die Todesstrafe gefordert. Das Verfahren fand jedoch nicht mehr vor dem Regierungswechsel statt. Am 20. April 2011 gab das Pentagon unter der Regierung von Präsident Obama bekannt, dass 'Abd al Rahim al Nashiri auf der Grundlage des Gesetzes über Militärkommissionen (Military Commissions Act - MCA) von 2009 unter anderem des "Mordes unter Verstoß gegen das Kriegsrecht" und "Terrorismus" angeklagt werde. Ihm wird zur Last gelegt, dass er eine führende Rolle bei dem Anschlag auf das Kriegsschiff USS Cole am 12. Oktober 2000 im Jemen gehabt haben soll, bei dem 17 US-MarinesoldatInnen getötet und 40 weitere verletzt wurden. Er soll weiterhin in den Anschlag auf den französischen Öltanker MV Limburg im Golf von Aden am 6. Oktober 2002 verwickelt gewesen sein, bei dem ein Besatzungsmitglied ums Leben kam.

Bisher wurde niemand zur Rechenschaft gezogen

Die Staatsanwaltschaft hat für die Todesstrafe als ein mögliches Strafmaß plädiert.

Dem wurde am 28. September 2011 durch den Vertreter der zuständigen Behörde für Militärkommissionen (Convening Authority) nachgegeben. Amnesty International lehnt die Todesstrafe bedingungslos ab. In internationalen Menschenrechtsnormen wird zwar anerkannt, dass manche Staaten die Todesstrafe beibehalten, die Verhängung und Vollstreckung eines Todesurteils sind jedoch verboten, sofern bei dem vorherigen Prozess nicht höchste Standards für faire Verfahren berücksichtigt werden. Die US-Militärkommissionen werden internationalen Standards für faire Gerichtsverfahren nicht gerecht. Die Verhängung eines Todesurteils bei Verfahren vor einer Militärkommission verstößt demnach gegen das Völkerrecht. Die Strafverfolgung von 'Abd al Nashiri sollte in einem fairen Verfahren vor einem Zivilgericht stattfinden, ohne die Möglichkeit, zum Tode verurteilt zu werden.

Bisher wurde niemand für die Menschenrechtsverletzungen an 'Abd al Nashiri zur Rechenschaft gezogen, darunter die Verletzung des Völkerrechts in Bezug auf Folter und Verschwindenlassen.

Guantánamo

US-Regierung macht Büro für Schließung von Guantanamo zu

Das US-Außenamt hat das Büro zugemacht, das zur Schließung des umstrittenen Gefangenenlagers Guantanamo eingerichtet worden war. US-Präsident Barack Obama hatte zu Beginn seiner ersten Amtszeit 2009 angeordnet, das Lager in Kuba zu schließen, scheiterte jedoch am Kongress.

29.01.2013

<http://www.stern.de/news2/aktuell/us-regierung-macht-buero-fuer-schliessung-von-guantanamo-zu-1962364.html>

Guantánamo

Folter und Misshandlung in Guantánamo

"Die Vereinigten Staaten sind der weltweiten Abschaffung der Folter verpflichtet, und wir gehen in diesem Kampf mit gutem Beispiel voran."

US-Präsident George W. Bush, Juni 2003

Seit Beginn des "Kriegs gegen den Terror" werden Vertreter der US-Behörden nicht müde, zu betonen, dass die USA den Kampf gegen Folter anführten, dass alle Gefangenen in US-Gewahrsam menschenwürdig behandelt würden und dass in den seltenen Fällen, in denen dies nicht der Fall sei, die Verantwortlichen ermittelt und in vollem Umfang zur Rechenschaft gezogen würden. Die Realität sieht jedoch anders aus.

Viele der Gefangenen, die in Guantánamo festgehalten werden, sind misshandelt worden - sei es in Afghanistan oder an einem anderen Ort, bevor man sie nach Guantánamo brachte; sei es während der Überführung oder der Verhöre; sei es durch Isolation, die unbestimmte Dauer sowie den bestrafenden Charakter der Haft in Guantánamo. Auch die Familien der Inhaftierten leiden unter der Grausamkeit der Haftbedingungen auf dem abgeschiedenen US-Militärstützpunkt, der den Gefangenen praktisch keinen Kontakt zur Außenwelt ermöglicht.

Gesetzlich verankerte Straffreiheit

Im Januar 2002 machte Alberto Gonzales, Berater im Weißen Haus, US-Präsident Bush darauf aufmerksam, dass die Nicht-Anwendung der Genfer Konventionen auf die Gefangenen des Afghanistan-Kriegs den Vorteil habe, die strafrechtliche Verfolgung von US-Behördenvertretern nach dem US-Gesetz zu Kriegsverbrechen zu erschweren. Zwei Wochen später, am 7. Februar 2002, unterzeichnete der

Präsident ein Rechtsgutachten, welches bestätigte, dass kein inhaftierter Angehöriger der Taliban bzw. al-Qaidas als Kriegsgefangener betrachtet würde und auch der gemeinsame Artikel 3 der Genfer Konventionen keine Anwendung finden werde.

Der gemeinsame Artikel 3 garantiert Mindeststandards für faire Gerichtsverfahren. Er verbietet ferner Folter, grausame Behandlung sowie "Beeinträchtigung der persönlichen Würde, namentlich erniedrigende und entwürdigende Behandlung". Das US-Gesetz zu Kriegsverbrechen enthielt damals Bestimmungen, nach denen Verletzungen des gemeinsamen Artikels 3 als Kriegsverbrechen in den USA strafrechtlich verfolgt werden konnten. Fast fünf Jahre später hat es noch keine strafrechtliche Verfolgung auf Grundlage dieses Gesetzes gegeben.

Bei einer Anhörung im Senat stimmten im Juli 2006 sechs Militäranwälte darin überein, dass einige der Verhörmethoden, die im Rahmen des "Kriegs gegen den Terror" genehmigt worden waren, gegen den gemeinsamen Artikel 3 verstoßen hätten. Tatsächlich hatte eine Militäruntersuchung im Jahr 2004 bestätigt, dass US-Ermittler in Afghanistan spätestens seit 2002 Gefangene entkleiden, über lange Zeiträume in Isolationshaft festhalten, dazu zwingen, in schmerzhaften Körperhaltungen zu verharren, die Angst der Gefangenen vor Hunden ausnutzen, sie am Schlafen hindern und in Dunkelheit halten. Derartige Methoden werden auch in Guantánamo angewandt.

Im September 2006 legte die US-Regierung den Gesetzentwurf über Militärkommissionen vor, der vom Kongress verabschiedet und anschließend von Präsident Bush unterzeichnet wurde. Das neue Gesetz schränkt das US Kriegsverbrechensgesetz ein, so dass unfaire Gerichtsverfahren oder die "Beeinträchtigung der persönlichen Würde, namentlich erniedrigende und entwürdigende Behandlung" nicht mehr als Kriegsverbrechen gelten. Die neuen Bestimmungen sollen auch für Taten vor Beginn des "Kriegs gegen den Terror" gelten. Der Straflosigkeit wird somit Vorschub geleistet.

Die Neudefinition von Folter

In einem Gutachten ("Memorandum") der Rechtsabteilung des Justizministeriums für das Weiße Haus vom 1. August 2002 heißt es, der Präsident könne das Folterverbot aufheben. Ermittler könnten starke Schmerzen zufügen, ohne die Grenze zur Folter zu überschreiten. Weiter gebe es eine breite Palette an Maßnahmen, die zwar grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung darstellen könnten, jedoch nicht als Folter zu werten seien. US-Behördenvertreter, die diese Methoden einsetzten, könnten dem Gutachten zufolge nicht nach US-Recht, welches Folter außerhalb der USA verbietet, strafrechtlich verfolgt werden. Selbst wenn ihre Verhörmethoden Folter umfassten, "könnten Notwehr oder eine Zwangslage Gründe sein, die jede strafrechtliche Verfolgung verhindern würden".

Die euphemistisch mit "Druck und Härte" ("stress and duress") bezeichneten Techniken, die sich im "Krieg gegen den Terror" der USA u. a. auch in Guantánamo herausgebildet haben, umfassen Stehen oder Hocken über längere Zeiträume, Schlafentzug, Beschallung mit lauten Geräuschen, lange Isolierung und das Vermummen des Kopfes mit einem Sack. Einige Methoden wie der Einsatz von Hunden, erzwungene Nacktheit, Zwangsrasuren, sexuelle Erniedrigung durch weibliche Ermittlerinnen und der Entzug religiöser Gegenstände haben darüber hinaus auch einen diskriminierenden Charakter.

Alberto Gonzales, damals Rechtsberater des Präsidenten und später Justizminister, erklärte 2005, das Gutachten habe die Position der Regierung dargestellt. Im "Krieg gegen den Terror" ist bislang kein US-Behördenvertreter auf Grundlage des Antifoltergesetzes strafrechtlich verfolgt worden.

Menschenwürdige Behandlung nach dem Verständnis der USA

Laut dem von US-Präsident Bush am 7. Februar 2002 unterzeichneten Gutachten, das bisher nicht zurückgezogen oder geändert wurde, verfolgen die USA die politische Linie, Gefangene menschenwürdig zu behandeln, "selbst solche, die ihren Rechtsanspruch auf eine derartige Behandlung verwirkt haben". Solche Gefangenen gibt es nicht. Alle Gefangenen haben überall auf der Welt das Recht, vor Folter oder anderen Misshandlungen geschützt zu werden. Dies ist keine Entscheidung der Politik. Es ist eine rechtsverbindliche Verpflichtung, die für alle Regierungen gilt.

In dem Gutachten heißt es ferner, der Umgang mit den Gefangenen stehe "im Einklang mit den Genfer Konventionen" - jedoch nur in dem Maße, wie die "militärische Notwendigkeit" dies zulasse.

Der Begriff der "militärischen Notwendigkeit" wurde herangezogen, um den "besonderen Vernehmungsplan" zu rechtfertigen, den US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld zur

Anwendung auf den Guantánamo-Häftling Mohamed al-Qahtani genehmigte. Dieser soll über nachrichtendienstlich wertvolle Informationen verfügt haben, galt jedoch gegenüber üblichen Verhörmethoden der US-Armee als resistent. Mohamed al-Qahtani wurde Ende 2002/Anfang 2003 drei Monate lang in extremer Isolation gefangen gehalten. Mehrfach wurde er dazu gezwungen, Frauenunterwäsche zu tragen, und an einer Hundeleine durch den Raum geführt, wobei er eine Reihe von Hundekunststücken vollführen musste. Außerdem wurde er dazu gezwungen, mit einem männlichen Ermittler zu tanzen, während er auf dem Kopf ein Handtuch "wie eine Burka" tragen musste. Während der Verhöre wurden ihm Kopf- und Barthaare abrasiert; auch Entkleiden und Leibesvisitationen in Anwesenheit von weiblichen Ermittlerinnen gehörten zu den angewandten Methoden, wie auch sexuelle Erniedrigung, kulturell unangemessener Einsatz weiblicher Ermittlerinnen und sexuelle Beleidigungen gegen weibliche Familienmitglieder al-Qahtanis. Zudem wurden ihm Kapuzen über den Kopf gestülpt; er wurde lauter Musik sowie "weißem Lärm" (undefinierbaren lauten Geräuschen), ebenso wie extremer Hitze und Kälte ausgesetzt. Schlafentzug gehörte ebenfalls zu den angewandten Methoden. Er musste über lange Zeiträume stehen und war gezwungen, in seine Wäsche zu urinieren, weil die Ermittler ihn nicht zur Toilette gehen ließen.

Mohamed al-Qahtani wurde an 48 von 54 aufeinanderfolgenden Tagen 18 bis 20 Stunden am Tag verhört. Während der Befragung soll man ihn einer Scheinverschleppung unterzogen haben. Dabei wurden ihm Beruhigungsmittel gespritzt und eine Brille mit geschwärzten Gläsern aufgesetzt; dann wurde er in einem Flugzeug aus Guantánamo ausgeflogen.

Eine Militäruntersuchung ergab, dass die Behandlung von Mohamed al-Qahtani zwar insgesamt "erniedrigend und missbräuchlich" gewesen sei, aber "nicht das Niveau der verbotenen unmenschlichen Behandlung erreicht" habe. Dies muss man berücksichtigen, wenn ein Behördenvertreter äußert, dass Gefangene in US Gewahrsam in Guantánamo human behandelt würden - die Vorstellung dieser Behördenvertreter von einer humanen Behandlung deckt sich offensichtlich nicht mit internationalen Standards.

Hungerstreiks

"Als sie Blut erbrachen, verhöhnten und beschimpften die Soldaten sie und sagten. spöttische Dinge wie 'Siehst du, was deine Religion dir eingebracht hat'."

Der saudi-arabische Gefangene Yousef al-Shehri

2005 traten über 200 Gefangene in Guantánamo in einen Hungerstreik, um gegen die Haftbedingungen und ihre unbefristete Inhaftierung ohne Gerichtsverfahren zu protestieren. Hungerstreikende Gefangene wurden Berichten zufolge in Isolationszellen gesperrt, auf so genannten "Sicherungsstühlen" fixiert und auf schmerzvolle Weise zwangsernährt. Außerdem wurden ihnen "Komfortgegenstände" wie Decken und Bücher weggenommen. Anwälte gaben an, dass einige Hungerstreikende in Kaltzellen in Isolationshaft genommen wurden und dort auf "Sicherungsstühlen" fixiert wurden. Wachen sollen diese Gefangenen verhöhnt haben, indem sie an den Zellentüren rüttelten, ihre Gebete unterbrachen und sie am Schlafen hinderten.

Inhaftierung auf unbestimmte Zeit

"Wir haben dieses Lager für Leute errichtet, die für alle Zeiten hier sein werden. Ihr solltet nicht davon ausgehen, je wieder nach Hause zu kommen. Ihr werdet den Rest eures Lebens hier verbringen ... Keine Sorge. Wir werden euch am Leben halten, damit ihr weiter leiden könnt."

Mutmaßliche Aussage eines US-Ermittlers gegenüber Mohamed al-Gharani, einem in Camp V gehaltenen tschadischen Gefangenen

Im Mai 2006 stellte der UN-Ausschuss gegen Folter gegenüber den USA klar, dass die zeitlich unbefristete Inhaftierung von Gefangenen ohne Anklageerhebung per se einen Verstoß gegen das Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung

oder Strafe darstelle. Das Expertengremium hat die USA dazu aufgerufen, das Gefangenenlager Guantánamo zu schließen.

Brutale Zellenräumungen

"Zwei oder drei Wachen eilten in die Zelle, während er auf dem Boden lag. Einer presste Ait Idirs Körper gegen den Boden und sprang auf seinen Rücken. Mit seinen Knien drückte er seinen Körper zu Boden." Diese Zeugenaussage aus einem Verfahren vor einem US-Bundesgericht im April 2005 aufgrund einer Klage Mustafa Ait Idirs ist eine von vielen Anschuldigungen, denen zufolge Gruppen von etwa fünf Wachleuten in Zellen von Gefangenen geschickt werden, um sie für geringe oder nur behauptete Verstöße gegen die Verhaltensregeln für Gefangene in Guantánamo zu bestrafen. Diese Strafkommandos ("Initial" bzw. "Extreme Response Forces") prügeln Berichten zufolge auf Gefangene ein oder üben in anderer Form Gewalt aus.

Am 24. Januar 2003 wurde ein Mann in einem orangefarbenen Overall in Guantánamo so brutal zusammengeschlagen, dass er eine Hirnverletzung davongetragen haben soll. Es handelte sich hierbei nicht um einen Gefangenen, sondern um einen US-Militärwachmann, der sich bereit erklärt hatte, bei einer Übung einen unkooperativen Häftling zu spielen. Dem Fünf-Mann-Team, das zu ihm geschickt wurde, um ihn aus seiner Zelle zu holen, war allerdings nicht mitgeteilt worden, dass es sich um eine Übung handelte. Der Wachmann gab an, dass die Männer ihn zu Boden warfen, in einen schmerzhaften Würgegriff nahmen und seinen Kopf mindestens drei Mal auf den Boden schlugen.

Sparsam mit der Wahrheit

Die US-Regierung hat sich darum bemüht, Anschuldigungen von Folter und Misshandlung durch den Hinweis auf das "Manchester-Dokument" zu entkräften. Dabei handelte es sich um ein mutmaßliches Trainingshandbuch von al-Qaida, das in Großbritannien gefunden wurde und Angehörige des Netzwerks dazu anleitet, zu behaupten, sie seien in Gewahrsam gefoltert und misshandelt worden. Amnesty International hat mit zahlreichen freigelassenen Gefangenen gesprochen - u.a. in Afghanistan, Australien, Bahrain, Kanada, Frankreich, Deutschland, Schweden, Großbritannien und Jemen. Deren Angaben zu Misshandlungen widersprachen sich nicht und waren glaubwürdig.

Sowohl für die Militärausschüsse, die die US-Regierung zur Prüfung des Status der als "feindliche Kombattanten" in Gewahrsam gehaltenen Gefangenen eingerichtet hat, als auch für die Militärkommissionen, vor denen einige dieser Gefangenen angeklagt werden sollen, gilt die Vorlage von Beweisen, die unter Folter und anderen Formen der Misshandlung erlangt wurden, als zulässig. Wenn es stimmt, dass Gefangene routinemäßig falsche Anschuldigungen bezüglich Misshandlungen erheben, warum war es dann nötig, diesen Ausschüssen und Kommissionen explizit zu erlauben, erzwungene Beweise zu verwenden? Wenn alle Gefangenen human behandelt werden, könnten diese Gerichte sich auf Beweise stützen, die innerhalb des gesetzlichen Rahmens erlangt wurden. Es sieht ganz danach aus, als seien es nicht nur die Gefangenen, sondern im gleichen Maße die US-Regierung, deren "Kriegstaktik" einen sparsamen Umgang mit der Wahrheit vorsieht.

Als im Juni 2006 drei Gefangene in Guantánamo starben, nachdem sie offenbar Selbstmord begangen hatten, sagte der Kommandant des US-Militärstützpunkts, die Gefangenen hätten sich nicht aus Verzweiflung das Leben genommen, sondern als "Akt der asymmetrischen Kriegsführung". Eine leitende Mitarbeiterin des US-Außenministeriums tat die Todesfälle als "guten PR-Schachzug" ab. Wie ein US-Kommentator feststellte: Solche Äußerungen machen die Schließung des Lagers erforderlich - "nicht nur aufgrund der Behandlung der Gefangenen, sondern aufgrund der Art und Weise, wie es die US-Verantwortlichen entmenslicht"

<http://www.spiegel.de/flash/flash-25770.html>



<http://media8.news.ch/news/680/249118-guantanamo.jpg>



<http://cdn3.spiegel.de/images/image-6302-panoV9free-plge.jpg>



http://www.reisetube.de/foto/wo_liegt_kuba_auf_der_weltkarte.jpg



http://www.naturalhistoryonthenet.com/Facts_Figures/Country_Facts/images/cuba_world.gif



http://de.wikipedia.org/wiki/Guantanamo_Bay_Naval_Base



http://www.tagesschau.de/ausland/guantanamo466~magnifier_pos-1.html



Dezember 2006: Camp 6 wird in Betrieb genommen. Es gilt als härtester Ort für die Insassen von Guantánamo. Die dort untergebrachten Häftlinge sind mindestens 22 Stunden pro Tag isoliert in Einzelzellen ohne Fenster untergebracht, in denen ununterbrochen Lampen brennen.

http://www.tagesschau.de/multimedia/bilder/guantanamo158~_mtb-1_pos-12.html#colsStructure

Quelle: <http://www.tagesschau.de/ausland/guantanamo466.html>

03. April 2013

Guantánamo-Häftlinge wehren sich mit Hungerstreik

Es ist still geworden um das Gefangenenlager Guantánamo. US-Präsident Obama hat sein Versprechen, das Lager zu schließen, nicht erfüllt. Stattdessen wird es renoviert und hat einen neuen Leiter bekommen. Gegen dessen Methoden wehren sich viele Häftlinge seit Wochen mit einem Hungerstreik.

Von Sabrina Fritz, SWR-Hörfunkstudio Washington

Die ersten Häftlinge begannen Anfang Februar zu hungern, vor fast zwei Monaten. Elf von ihnen haben seitdem so dramatisch an Gewicht verloren, dass ihr Leben in Gefahr ist. Sie werden zwangsernährt.

Nach Angaben ihrer Anwälte bedeutet dies, die Männer werden festgebunden und durch einen Schlauch in die Nase mit lebenserhaltender Flüssigkeit versorgt.

Carlos Warner, einer der Anwälte, der elf Häftlinge vertritt, bezeichnet die Zustände als grauenvoll. In einem Fernsehinterview erklärt er, die Häftlinge seien nach einem Führungswechsel in Guantánamo in den Hungerstreik getreten: "Der neue Colonel hat den Häftlingen persönliche Dinge weggenommen wie Isomatten und Gläser. Am schlimmsten aber war, dass ihre Koranbücher auf Schmuggelware untersucht wurden - das wurde der Protestpunkt."

Das Lager Guantánamo dürfte noch viele Jahre in Betrieb bleiben. Für die Muslime seien die Untersuchungen eine Entwürdigung des heiligen Buches gewesen. Die Militärführung bestätigt, dass Koranbücher untersucht wurden, doch sei dies durch muslimische Dolmetscher geschehen und nicht durch Aufseher. Die Inspektion des Koran war vor einigen Jahren auf Guantánamo eingestellt worden und wurde jetzt offensichtlich mit der neuen Führung wieder eingeführt.

"Ausdruck der Frustration"

Doch Anwalt Warner räumt auch ein, dass dies nur der Auslöser für die Gefangenen war, gegen ihre Haftbedingungen mit einem Hungerstreik zu protestieren. "Es ist vor allem ein Ausdruck der Frustration, dass die Obama-Regierung Guantánamo vollkommen ignoriert."

In der Tat ist von den Plänen des Präsidenten, das Gefangenenlager zu schließen, nicht mehr viel zu hören. Der Kongress hat gerade 170 Millionen Dollar für dessen Renovierung bewilligt. Die Abteilung im Weißen Haus, die Guantánamo abwickeln sollte, wurde Anfang des Jahres aufgelöst.

166 Häftlinge

Zur Zeit leben noch 166 Gefangene auf Guantánamo. Fast ein Viertel von ihnen ist jetzt im Hungerstreik. Das Rote Kreuz hat die Hungernden besucht, über deren Zustand aber Vertraulichkeit vereinbart.

Eine Rot-Kreuz-Sprecherin erklärte, ein Grund für den Hungerstreik sei die ungewisse Zukunft der Gefangenen. Einige Männer, die verdächtigt sind, an den Anschlägen auf das World Trade Center beteiligt gewesen zu sein, leben schon seit mehr als zehn Jahren in dem Lager.

Der Prozess gegen fünf mutmaßliche 9/11-Attentäter zieht sich über Monate hin. Einige Dutzend Häftlinge, die Guantánamo verlassen könnten, finden kein Land, das sie aufnimmt. Anwalt Warner stellt deshalb frustriert fest: "Guantánamo ist illegales Niemandsland und der einzige Weg, es zu verlassen, ist in einem Sarg."

Eine Verbesserung hat die Obama-Regierung erreicht. Neue Gefangenen werden nicht mehr nach Guantánamo gebracht.

Zehn Jahre US-Gefangenenlager:

Mein Alptraum Guantanamo

Guantanamo ist das Synonym für staatliche Willkür und Folter. 2001 begannen die Amerikaner, dort Terror-Verdächtige wegzusperren. Ohne Prozess, ohne Anklage. *Lakdhar Boumediene*, der siebeneinhalb Jahre unschuldig einsaß, erzählt seinen schwierigen Weg zurück in die Freiheit.



Sieben Jahre lang war ich in [Guantanamo](#) eingesperrt - ohne jede Erklärung, ohne dass je Anklage erhoben wurde. Meine Töchter haben diese langen Jahre ohne mich aufwachsen müssen. Sie waren noch Kleinkinder, als ich im Gefängnis verschwand, und sie durften mich in all den Jahren nicht einmal sprechen, geschweige denn besuchen. Sie haben mir Briefe geschrieben, aber die meisten kamen als "unzustellbar" zurück. Die wenigen, die tatsächlich durchkamen zu mir, waren vom Zensor so gründlich verstümmelt, dass ihre Botschaft der Liebe nicht mehr erkennbar war.

Amerikanische Politiker sagen immer wieder, dass die Insassen von Guantanamo Terroristen sind. Ich war kein Terrorist. Wenn man mich gleich nach meiner Festnahme vor ein ordentliches Gericht gestellt hätte, hätten meine Kinder nicht ein so zerrissenes Leben führen müssen, und meiner Familie wäre der Abstieg in die Armut erspart geblieben. Erst nachdem der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten verfügt hatte, dass die Regierung ihre Vorwürfe gegen mich vor einem Bundesrichter belegen muss, konnte ich meine Unschuld beweisen und zu meiner Familie zurückkehren.

Ich hatte meine Heimat Algerien verlassen, um im Ausland zu arbeiten. 1997 zog ich mit meiner Familie nach Bosnien-Herzegowina - mein Arbeitgeber, der Rote Halbmond, wollte es so. Dienstsitz war Sarajewo, ich war als Leiter der humanitären Hilfe für Kinder zuständig, die während des Balkankrieges ihre Eltern verloren hatten. 1998 nahm ich die bosnische Staatsbürgerschaft an. Wir waren glücklich dort - doch mit 9/11 war das alles vorbei.

Wir wurden wie Tiere gefesselt

Als ich am 19. Oktober 2001 morgens im Büro erschien, wartete dort bereits ein Mann vom Geheimdienst. Er bat mich, ihn zu begleiten, man habe ein paar Fragen. Ich kam also mit - freiwillig. Doch dann ließ man mich nicht mehr gehen. Die Vereinigten Staaten hatten die bosnischen Behörden um Amtshilfe gebeten - sie sollten mich und fünf weitere Männer festnehmen. In den Nachrichten hieß es damals, die USA hätten mich im Verdacht, einen Anschlag auf ihre Botschaft in Sarajewo geplant zu haben.

Es wurde sehr bald klar, dass die Amerikaner einen Fehler gemacht hatten. Der Oberste Strafgerichtshof in Bosnien befasste sich mit den Vorwürfen und stellte fest, dass keine Beweise vorlagen und ich sofort freizulassen war. Kaum war ich auf freiem Fuß, wurde ich - wie auch die fünf anderen Männer - von amerikanischen Agenten erneut gefangen genommen. Wir wurden wie Tiere gefesselt und zum US-Marinestützpunkt in Guantanamo geflogen.

Als ich dort am 20. Januar 2002 eintraf, glaubte ich noch daran, dass mir in den USA Gerechtigkeit widerfahren würde. Ich dachte wirklich, dass meine Kidnapper ihren Irrtum einsehen und mich dann in die Freiheit entlassen würden. Doch als ich in den Verhören nicht das aussagen konnte, was man von mir hören wollte (wie sollte ich auch, ich hatte ja nichts getan, was ich hätte gestehen können), wurden meine Peiniger immer brutaler. Tagelang ließen sie mich nicht schlafen, sie zwangen mich, stundenlang in schmerzhaften Positionen zu verharren.

Ich wurde per Sonde ernährt - eine schreckliche Qual

Nach den Verhören trat ich in einen Hungerstreik, weil man mir noch immer nicht mitteilen wollte, warum man mich überhaupt festhielt. Zwei Jahre lang hielt ich durch. Jeden Tag schoben mir meine Peiniger eine Sonde durch die Nase in den Magen, um mich zwangsweise zu ernähren. Es war eine schreckliche Qual. Doch ich war unschuldig, und deshalb gab ich meinen Protest nicht auf.

Meine Forderung nach einem fairen Verfahren vor einem ordentlichen Gericht durchlief alle Instanzen bis zum Supreme Court. In einer Grundsatzentscheidung, die seither meinen Namen trägt, erklärten die obersten Richter, dass die Gesetze und die Verfassung auch unter den widrigsten Umständen ihre Gültigkeit behalten und selbst in den schwierigen Zeiten nach einem Terroranschlag wie 9/11 unter keinen Umständen missachtet werden dürfen. Deshalb hätten auch Angeklagte wie ich - unabhängig von der Schwere der Vorwürfe - ein Recht darauf, von einem Richter angehört zu werden.

Gleichzeitig stellten die Richter fest, dass eine Regierung durchaus irren kann. Und das Risiko, befanden die Richter, sei zu groß, um es einfach zu ignorieren - weil es die "Folge eines solchen Fehlers sein kann, dass eine Person für die gesamte Dauer eines kriegerischen Konfliktes, der eine Generation oder sogar länger währen kann, in Haft bleibt".

Fünf Monate später unterzog Bundesrichter Richard J. Leon alle gegen mich vorliegenden Beweise einer weiteren Prüfung - auch Informationen der Geheimdienste, von denen ich vorher nie gehört hatte. Den Vorwurf, ich hätte ein Bombenattentat auf eine US-Botschaft geplant, wurde dem Richter gar nicht erst vorgelegt. Nach der Anhörung ordnete der Richter an, mich und vier der Männer, die damals mit mir zusammen in Bosnien festgenommen wurden, umgehend freizulassen.

Endlich frei

Ich werde den Moment nie vergessen, wie ich mit diesen vier Männern in einer dreckigen Zelle in Guantanamo saß und aus einem knarrenden Lautsprecher hörte, wie Richter Leon in einem Gerichtsaal im fernen Washington seine Entscheidung verlas. Zum Schluss richtete er die dringende Bitte an die US-Regierung, sein Urteil nicht weiter anzufechten: "Sieben Jahre zu warten, bis unser Rechtssystem eine Antwort auf eine Frage gibt, die so essentiell für diese Menschen war, ist nach meinem Verständnis mehr als genug."

Am 15. Mai 2009 war ich wieder frei. Endlich.

Heute lebe ich mit meiner Frau und meinen Kindern in der Provence. Frankreich hat uns eine neue Heimat gegeben und einen Neustart möglich gemacht. Ich habe seither das große Glück genießen können, meine Töchter wieder kennenzulernen. Im August 2010 haben wir noch einen Sohn bekommen, Yousef. Ich nehme gerade Fahrunterricht und besuche Kurse zur beruflichen Weiterbildung - alles, um mir ein neues Leben aufzubauen.

Meine Hoffnung ist, dass ich, wie vorher, anderen Menschen helfen kann, aber die siebeneinhalb Jahre Guantanamo bedeuten leider, dass nur die wenigsten karitativen Organisationen auch nur in Erwägung ziehen, einen wie mich einzustellen.

Ich denke nicht gerne an Guantanamo, weil meine Erinnerungen vor allem schmerzhaft sind. Trotzdem erzähle ich meine Geschichte hier, weil dort immer noch 171 Männer gefangen sind. Unter ihnen ist auch Belkacem Bensajah, der damals mit mir zusammen festgenommen und nach Guantanamo verfrachtet wurde. Für rund 90 Gefangene liegt inzwischen ein Beschluss vor, dass sie Guantanamo verlassen dürfen oder verlegt werden können.

Einige von ihnen [stammen allerdings aus Ländern wie Syrien oder China](#), wo ihnen [Folter](#) oder [Todesstrafe](#) drohen. Andere kommen aus Staaten wie dem Jemen, die nach Einschätzung der USA als instabil gelten. So bleiben sie weiter in Haft - und ein Ende ist nicht in Sicht. Sie sind nicht gefährlich, sie haben Amerika nie bedroht, aber das Stigma Guantanamo heißt eben, dass sie keine Heimat mehr haben. Auch Amerika will nicht einen einzigen von ihnen aufnehmen.

Ich habe gehört, dass mein Fall und sein Gang durch die Instanzen heute auf dem Lehrplan für angehende Juristen steht. Vielleicht wird mir das eines Tages Genugtuung verschaffen, doch solange Guantanamo nicht geschlossen ist, solange dort unschuldige Männer hinter Gittern sitzen, werden meine Gedanken bei denen sein, die diesen Ort des Leidens und Unrechts noch nicht verlassen können.

© 2012 *The New York Times/Distributed by The New York Times Syndicate*

Übersetzung: Olaf Kanter